

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 11.05.)

Nr.	Änderungsantrag	AntragstellerIn	Empfehlung der Antragskommission
12.	<p>Seite 19, Zeile 3 <i>(Leiharbeit, Werkverträge, befristete Arbeitsverträge und Minijobs sollen in Unternehmen die Ausnahme sein, denn sie führen oftmals zu prekärer Arbeit.)</i></p> <p><i>Streiche:</i> sollen in Unternehmen die Ausnahme sein <i>Füge stattdessen ein:</i> sollte es nicht geben</p>	KDV Mitte	Ablehnung
18.	<p>Seite 22, Zeile 1 bis 5 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5 <i>Füge stattdessen ein:</i> Wir setzen uns weiterhin gegen Lohndumping im öffentlichen Dienst ein. Eine Umwandlung von hauptamtlichen Arbeitsplätzen in Teilzeit- oder Studentische Beschäftigung zum Ziel des Lohndumpings werden wir bekämpfen.</p>	KDV Mitte	<p><i>erledigt durch Annahme Änderungsantrag der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf</i> <i>Neufassung Zeilen 1 bis 5 auf Seite 22:</i> Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke der Tarifflicht und des Lohndumpings ab und werden keine weiteren zulassen. Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden haben, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Rückführung ein.</p>
42.	<p>Seite 38 <i>Streiche: Zeile 5 – 11</i></p> <p><i>(Messen und Kongresse stellen einen wichtigen Teil des Berlin-Tourismus dar. Angesichts der steigenden Nachfrage müssen die Kongresskapazitäten bedarfsgerecht angepasst und ausgebaut werden. Die Berliner SPD bekennt sich zum Erhalt und Umbau des</i></p>	KV Friedrichshain-Kreuzberg	Ablehnung

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 11.05.)

	<p><i>Internationalen Congress Centrums Berlin, kurz ICC, das 2014 wegen einer umfassenden Gebäudesanierung und technischen Überholung vorübergehend geschlossen wurde. Der Umbau des etablierten und weltweit nachgefragten Kongresszentrums stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Berlins im Messe- und Kongresstourismus.)</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Dazu unterstützt das Land Berlin die Messe Berlin beim kurzfristigen Bau eines weiteren Kongresszentrums in der Nähe des erfolgreichen City Cube. Nur so kann die steigende Nachfrage nach Kongressflächen in Berlin gedeckt und Berlin konkurrenzfähig bleiben. Das ICC soll mittelfristig weitgehend zurückgebaut und der Standort neu entwickelt werden, um weitere langfristige und riskante Sanierungsobjekte zu vermeiden.</p>		
58.	<p>Seite 49, Zeile 18 <i>Füge ein:</i></p> <p>Regionalbahnhof Köpenick Der Südosten benötigt auf der Strecke Berlin - Frankfurt/Oder einen Umsteigebahnhof. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bahnhof Köpenick Regionalbahnhof wird.</p>	KDV Treptow-Köpenick	Ablehnung
137.	<p>Seite 71, Zeile 15 <i>Füge ein:</i> Wir wollen eine Quote bei der Besetzung von ProfessorInnenstellen.</p>	KDV Mitte	Ablehnung

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 11.05.)

<p>145.</p>	<p>Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Die Berliner Sozialdemokraten werden nach der Wahl einen Antrag im Parlament einbringen, Paul von Hindenburg aus der Berliner Ehrenbürgerliste zu streichen.</p>	<p>KDV Mitte</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>165.</p>	<p>Seite 83, Zeile 5 <i>Streiche:</i> unserem Wertesystem</p> <p><i>Streichung bezieht sich auf den Satz:</i> <i>Wir fordern den uneingeschränkten Respekt vor unserem Wertesystem, unserer Verfassung und der Würde jedes Menschen ein.</i></p>	<p>Jusos</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>170.</p>	<p><i>Streiche:</i> Zeile 22 bis 28 (Passage zur häuslichen Gewalt) <i>Füge stattdessen ein:</i> Menschen brauchen Sicherheit auch jenseits des öffentlichen Raums, das heißt im häuslichen Umfeld und in der Familie. Häusliche Gewalt ist keine Privatangelegenheit, sondern ein Verstoß gegen das Recht eines jeden Menschen auf körperliche Unversehrtheit. Ganz überwiegend werden Frauen und Kinder Opfer von männlicher Gewalt. Auch Männer sind betroffen, jedoch nicht in demselben Ausmaß. Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen. Einerseits sollen Gewaltbetroffene in der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte unter anderem durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen gestärkt und das Hilfs- und</p>	<p>ASF</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen.</p>

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 11.05.)

	<p>Unterstützungsangebot weiter ausgebaut werden. Andererseits sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, um Täter – ggf. mit justiziellem Druck – stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die Weiterentwicklung von Konzepten zur praktischen Umsetzung von Täterarbeit als wesentlicher Beitrag zur Gewaltprävention wird hierbei</p>		
195.	<p>Seite 90, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Auch polizeiliche Maßnahmen wie die Funkzellenabfrage oder ein Staatstrojaner müssen auf Verhältnismäßigkeit geprüft und parlamentarisch kontrolliert werden.</p>	Forum Netzpolitik	Ablehnung
196.	<p>Seite 92, Zeile 5 <i>Füge ein:</i> Für viele Menschen, die nicht nach klassischen Arbeitszeiten von neun bis siebzehn Uhr arbeiten, gestaltet sich die Kinderbetreuung schwierig. Das betrifft vor allem die Berlinerinnen und Berliner, die im Schichtbetrieb arbeiten, aber auch viele Alleinerziehende. Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern.</p> <p>Eine Möglichkeit die Kinderbetreuung flexibler zu gestalten, sind Kitas, die rund um die Uhr geöffnet haben. Dieses Angebot wollen wir mindestens an einem Standort pro Bezirk bereitstellen.</p>	ASF	<p><i>erledigt</i> auf Seite 56, Zeile 25 ff. steht dazu: <i>Viele Kitas bieten Früh –und Spätöffnungszeiten an, ebenso können mit dem Angebot der ergänzenden Kindertagespflege arbeitszeitbedingte Betreuungserfordernisse flexibel abgedeckt werden. Aber wir wollen noch mehr: Deshalb werden wir das Modellprojekt „familiennahe Betreuung“ im elterlichen Haushalt außerhalb von Kitaöffnungszeiten bei entsprechendem Bedarf einführen und die Wirtschaft als Partner einbinden.</i></p> <p>Ablehnung</p>
197.	<p>Seite 92, Zeile 11 <i>Füge ein nach „vernetzen“:</i> Bestehende Ungleichheiten der Bezahlung zwischen technischen und sozialen Berufen sollen weiter abgebaut werden. Zur</p>	ASF	<p><i>erledigt</i> auf Seite 91, ab Zeile 15 steht bereits:</p>

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 11.05.)

	<p>Evaluierung sind die derzeit testweise durchgeführten Entgeltgleichheit-Checkverfahren und andere geeignete Methoden verstärkt einzusetzen.</p>		<p>Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und Stellenbewertungen angepasst werden. Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft.</p>
199.	<p>Seite 93, Zeile 6 Füge ein: Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels Geschlechterrollenklichs oder nackter Haut beworben werden. Das Land Berlin wird sich dafür einsetzen, das Verbot sexistischer Werbung auf Bundesebene umzusetzen, indem das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb um einen Paragraphen zur diskriminierenden Werbung erweitert wird.</p>	ASF	<p>Annahme in geänderter Fassung: Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels Geschlechterrollenklichs oder nackter Haut beworben werden.</p>
201.	<p>Seite 94, Zeile 9 Füge ein: Diskriminierung im Stadtbild ist für uns nicht hinnehmbar. Wir verfolgen eine konsequent antirassistische, antidiskriminierende und antikoloniale Neu- und Umbenennungspolitik von Straßen, unter Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohnern.</p>	Jusos	Ablehnung